

Ostpolitik des Vatikans

Die Ernennung eines neuen Nuntius in Bonn hat die seit Jahren diskutierte Ostpolitik des Heiligen Stuhls erneut ins Gespräch gebracht. Die Verhandlungen mit den Regierungen der Ostblockstaaten geben kein einheitliches Bild. Themen, Methoden, Forderungen und Zugeständnisse kommen nur selten und nie umfassend in die Öffentlichkeit. Offizielle Erklärungen sind knapp und besagen wenig. Will man sich ein Urteil bilden, muß man auf die Realitäten der Politik blicken, auf die Interessen der Partner und auf das, was sich verändert – oder nicht verändert.

Kein Wunder, daß sich die Urteile widersprechen, daß sie nicht selten vom politischen Standort beeinflusst sind und dem Papst nur zustimmen, weil sie ihn im Dienst der „Entspannungspolitik“ meinen. Es fällt auf, wie häufig Befürworter der heutigen vatikanischen Ostpolitik das loben, was sie am Verhalten Pius' XII. gegenüber dem totalitären Regime des Nationalsozialismus tadeln: die Verständigungsbereitschaft, den Verzicht auf Konfrontation und Proteste, die Absicht, auf dem Weg des Verhandeln und der klassischen Diplomatie zum Ziel zu kommen. Wer die religiöse Freiheit und das Leben der Kirche in den Ostblockstaaten im Auge hat, kann sich nach solchen Urteilen nicht richten. Er muß im Blick auf die Sache seine Fragen stellen.

Die Erfolge sind bescheiden, aber doch beachtenswert. In Jugoslawien hat sich das kirchliche Leben seit dem Protokoll von 1966 in einem gewissen Ausmaß normalisiert. In Ungarn, in der Tschechoslowakei, neuerdings auch in Bulgarien werden viele Bistümer wieder von Bischöfen geleitet. Die Bischöfe stehen mit dem Papst in Verbindung und können nach Rom reisen.

Die andere Seite der Bilanz: In Litauen und Lettland ist die Sowjetunion unnachgiebig wie eh und je. Die Tschechoslowakei praktiziert eine beinahe stalinistische Kirchenpolitik. Hier und in Ungarn konnten nur solche Bischöfe ernannt werden, die das Regime präsentierte. Die Schikanen, die zahlreichen subtilen Methoden der Unterdrückung des kirchlichen Lebens und der Benachteiligung der Katholiken haben sich nirgendwo geändert. Die Fragen des Religionsunterrichts, des freien Zugangs zum Priesterberuf, der gleichen staatsbürgerlichen und beruflichen Rechte für praktizierende Katholiken sind nach wie vor ungelöst.

Betrachtet man Methoden und Ergebnisse dieser Politik, kann man sie nicht pauschal verurteilen. Rom muß alles einsetzen, um das kirchliche Leben zu erhalten. Es spricht kein Grund für die Annahme, die Katholiken könnten mehr Freiheiten erwerben, wenn der Vatikan auf Konfrontationskurs ginge. Ein Kirchenkampf ist schnell entfesselt, aber schwer durchzuhalten. Er verlangt einen Mut, der die zumutbaren Kräfte weit übersteigt. Totalitäre Staaten besitzen fast unbegrenzte Machtmittel, um die Kirche auf Dauer auszuhungern.

Der Papst hat wenig in der Hand, was er als Gegenleistung bieten könnte. Auf der weltpolitischen Bühne findet er freundliche Gesten, aber kaum Unterstützung. Welche Macht, die auf die Sowjetunion Druck auszuüben imstande ist, würde sich für die Freiheit der Christen und des kirchlichen Lebens einsetzen? Hier ist Rom auf sich selbst angewiesen. Es kommt darauf an, wie geschickt und zäh die Vertreter des Papstes verhandeln, wie realistisch vor allem sie abschätzen, welches Gewicht der katholische Volksteil im Machtkalkül der jeweiligen Regierung hat und welchen Preis diese für den Prestigegewinn einer Verständigung mit dem Heiligen Stuhl zu zahlen bereit ist.

Es gibt keinen Beweis für die Vermutung, im Hintergrund der vatikanischen Ostpolitik stünde der Versuch einer ideologischen Verständigung mit dem Kommunismus. Nirgends läßt sich die Tendenz feststellen, man dränge auf einen Ausgleich um jeden Preis. Im Gegenteil, der römische Verhandlungsstil scheint mit dem Wachsen der Erfahrungen härter geworden zu sein. Die Erklärungen des Heiligen Stuhls auf der Sicherheitskonferenz machen auch deutlich, daß sich der Vatikan nicht auf die Wahrung der Rechte der Kirche beschränkt, sondern für die Menschenrechte überhaupt eintritt, weil Religionsfreiheit nur im Rahmen der allgemeinen Freiheitsrechte möglich ist.

Trotzdem bleiben Einwände und Fragen. Der Vatikan läßt sich von dem klassischen Prinzip der Diplomatie leiten, durch Vereinbarungen und Absprachen seine Interessen zu sichern. Trifft dieses Prinzip auch die Wirklichkeit totalitärer Staaten? Die Erfahrung mit dem Nationalsozialismus legt eher das Gegenteil nahe. Stellt Rom genügend in Rechnung, daß solche Regierungen andere Ziele erreichen wollen, etwa die Unterstützung der weltpolitischen Ziele der Sowjetunion, oder internationale Anerkennung, oder die Desavouierung regimefeindlicher Katholiken, oder schärfere Kontrolle einer Kirche, die (wie im Fall der DDR) nach Erfüllung der Wünsche der Regierung auch organisatorisch auf das staatliche Territorium eingeschränkt wäre? Bedenkt man, daß die kommunistischen Staaten das größte Interesse daran haben, die wahre Lage der Kirche in ihrem Land zu verschleiern, daß also auch das Schweigen des Vatikans, das Unterlassen von Protesten den Zielen der Machthaber dient? Ist man sich bewußt, daß durch den undifferenzierten Gebrauch heute so doppelbödiger Begriffe wie „Friede“, „Entspannung“ oder „Versöhnung“ das Mißverständnis entstehen kann, der Vatikan habe sich das östliche Konzept zu eigen gemacht?

Auch die Kritiker der heutigen vatikanischen Ostpolitik leugnen nicht die Notwendigkeit, durch Verhandlungen den Lebens- und Freiheitsraum der Christen und der Kirche zu sichern. Bei aller moralischen Autorität, die ihm zugesprochen wird, darf der Vatikan jedoch nicht übersehen, daß die politische Wirklichkeit diesem Anspruch oft diametral entgegensteht. Die Frage heißt daher, ob Rom die Probleme deutlich genug sieht, ob es sich nie vom Wunschdenken leiten läßt und ob es keine Vorleistungen gewährt, ohne entsprechende Gegenleistungen zu erhalten. Was bisher von dieser Politik in der Öffentlichkeit sichtbar wurde, erlaubt kein eindeutiges Ja auf solche Fragen.

Wolfgang Seibel SJ